

Hansestadt Stendal		Antrag	Datum: 27.08.2019
Amt:	13 - Büro des Oberbürgermeisters	Drucksachenummer:	Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Az.:		A VII/006	
TOP:	Antrag der AFD- Fraktion zur Entfernung verbliebener Wahlplakate der FDP		

Beratungsfolge:		Beratungsergebnis:	
Stadtrat	am:	09.09.2019	

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt:

- (1) die sich noch an öffentlichen Straßen im Stadtgebiet der Hansestadt Stendal befindlichen Wahlplakate der FDP zur Kommunal- und Europawahl durch Mitarbeiter der Verwaltung kostenpflichtig entfernt werden. Die Kosten für die Entfernung sind der verantwortlichen Partei in Rechnung zu stellen.
- (2) die Verwaltung in Zukunft bereits 14 Tage nach Wahlen im Gebiet der Hansestadt Stendal ermittelt, ob alle Parteien ihre Plakate entfernt haben. Daraufhin sind diese Parteien auf den Umstand hinzuweisen und zur Entfernung binnen weiterer 14 Tage aufzufordern. Sollten im Anschluss immer noch Plakate dieser Parteien hängen, so erfolgt sowohl die kostenpflichtige Entfernung dieser Plakate durch Mitarbeiter der Verwaltung zu Lasten dieser Parteien sowie die Verhängung eines Bußgeldes in Höhe von 1000 EUR.
- (3) die Verwaltung beauftragt wird, die Beschlusslage in den dazugehörigen Satzungen und Ordnungen entsprechend anzupassen.

Antragstext:

Auf der Stadtratssitzung am 29. Juli wurde unter dem TOP 14 Anfragen/Anregungen durch die AfD-Fraktion darauf aufmerksam gemacht, dass im Stadtgebiet Stendal noch immer Wahlplakate aus der Zeit vor der Kommunal- und Europawahl im Mai hängen. Damit verbunden wurde die Frage an den Oberbürgermeister, inwiefern dies rechtmäßig sei. Aus Fairnessgründen wurde seinerzeit auf die öffentliche Nennung der verantwortlichen Partei verzichtet. Allerdings sind auch heute, nunmehr drei Monate nach der Wahl, diese Plakate der FDP immer noch nicht entfernt worden. Es kann nicht sein, dass sich einzelne Parteien einen Vorteil gegenüber allen anderen Parteien verschaffen, indem Wahlplakate widerrechtlich über einen langen Zeitraum auch nach der Wahl noch hängenbleiben. Deshalb sind diese Plakate auf Kosten der FDP durch die Verwaltung zu entfernen. Für die Zukunft sollte durch schnelle Ermahnung zum Abhängen sowie der Androhung einer Geldbuße bei Verweigerung eine derart lange Überziehung der Plakatierung ausgeschlossen werden.

Bausemer, Arno
Einreicher

Anlagenverzeichnis:

- Antrag der AFD-Fraktion